

Teil A:

Politische Entwicklung in den baltischen Staaten

1. Estland

Wer wird nächster Präsident?

Die Politologen in Estlands sind sich einig, daß es wohl nicht gelingen wird, im Parlament eine Zwei-Drittel-Mehrheit zu erreichen. Folglich wird wie schon 1996 wieder die Wahlversammlung einberufen werden. Neben den 101 Riigikogu Mitgliedern delegieren die Kommunalparlamente Vertreter, meist nur einen pro Gebietskörperschaft, größere entsenden zwei oder drei und die Stadt Tallinn zehn. Die Landräte sind dabei frei in ihrer Wahl. Nach diesem Schlüssel werden Vaterland, Moderate und Zentrumsparterie etwa gleich stark sein, die Reformpartei ist etwas schwächer, und ganz außen vor bleiben wohl die russischen Parteien. Da aber viele Lokalvertreter nicht parteihörig sind, werden die Zentralen die Benennung der Wahlmänner nur schlecht kontrollieren können.

Umfragen der Presse unter den zu Parteien der regierenden konservativen Koalition, genannt Dreierbund, zählenden Landräten ergeben, daß Andres Tarand (Moderate) und Tunne Kelam (Vaterland) wenig Chancen haben, weil die meisten Kommunalpolitiker den derzeitigen Parlamentspräsidenten Toomas Savi von der Reformpartei bevorzugen. Er erhält 50% im Vergleich mit gut 37% für Meri vor vier Jahren. Tunne Kelam genießt immerhin eine Zustimmung, welche der von Arnold Rüütel 1996 gleicht, womit er sicher in die zweite Runde gelangt. Was daher zunächst nach einem Sieg von Toomas Savi klingt, kann auch ganz anders ausgehen. In Riigikogu werden vermutlich alle Parteien einen Kandidaten aufstellen, und da ohnehin kein Kandidat eine Zwei-Drittel-Mehrheit auf sich vereinigen kann, wird sich auch die Koalition kaum schon anfangs auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen. Im Wahlausschuß aber dürfen dann wieder neue Gesichter präsentiert werden. Und das wird vermutlich auch geschehen, weil sich die Regierungsparteien für ein gemeinsames Vorgehen von Beginn an nicht nahe genug stehen. Als sicher darf gelten, daß die Opposition sich gegen die Regierungsparteien nicht durchsetzen können, insbesondere nicht mit einem Kandidaten Edgar Savisaar, dem Vorsitzenden der Zentrumsparterie. Darum wird er vermutlich Siiri Oviir den Vortritt lassen, die ebenfalls schon 1996 für ihre Partei im Wahlausschuß angetreten war.

Diskussion in Estland

Einen Sieg hat der Dreierbund jüngst im Stadtrat der Hauptstadt Tallinn errungen. Dieser ist in Ermangelung anderer Wahlämter politisiert und hat einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Regierungsbildung auf nationaler Ebene. Die Koalition des Bürgermeisters Jüri Mõis, welcher neben den drei Parteien der nationalen Koalition auch eine russische Fraktion angehörte, drohte zu zerfallen, weil die russischen Abgeordneten einerseits und die mit zwei Sitzen vertretene Allianzpartei ihre Unterstützung zurückgezogen hatten. Verschärft wurde die Situation durch die Fusion dreier kleiner Parteien, zu denen auch eine Abgeordnete der Vaterland-Fraktion gehört, da vorübergehend nicht klar war, ob das fusionierte Gebilde die Koalition noch stützen würde. Der seit den beiden Niederlagen von 1999 auf nationaler und kommunaler Ebene auf seine Chance wartende Savisaar initiierte ein Mißtrauensvotum, was jedoch mißlang und die liberal-konservative Regierung auf Landes- wie Stadtebene stärkt. Freilich ist das neue Machtkartell im Stadtrat von

Tallinn ebenso fragil wie das vorherige, weil die nun den Bürgermeister unterstützende andere russische Fraktion ebenfalls als politische Partei im ideologischen Sinne nicht gelten kann. Sie wird, wenn es ihr vorteilhaft erscheint, ebenso ihre Unterstützung zurückziehen. Einziger Vorteil des Bürgermeisters ist das allgemeine Mißtrauen der anderen Parteien gegenüber Savisaar.

Die Anti-Savisaar-Stimmung in der estnischen Politik könnte hinreichende Voraussetzung sein, daß die derzeitige Koalition aus der Vaterlandsunion mit Ministerpräsident Mart Laar, den Moderaten mit Außenminister Toomas-Hendrik Ilves und der Reformpartei mit Finanzminister Siim Kallas an der Spitze die gesamte Legislaturperiode überlebt und nicht gestürzt wird.

2. Lettland

Parteienentwicklung in Lettland

Das Jahr 2000 ist in der lettischen Politik ähnlich unruhig verlaufen wie das vorherige. Nach der Hälfte der Legislaturperiode hat Lettland bereits die dritte Regierung, welche von einem Streit zum anderen gleitet.

Gleich zu Jahresbeginn sorgte der prominente Sozialdemokrat Jānis Ādamsons für Aufsehen, als er in seiner Funktion als Vorsitzender des Untersuchungsausschusses über den Pädophilie-Skandal ans Rednerpult der Saeima trat, um eine Liste von Namen zu verlesen. Nach den bisherigen Aussagen der im Ausschuß gehörten Zeugen, so Ādamsons, könne man davon ausgehen, daß höchste politische Funktionäre in den Skandal verwickelt seien wie etwa der damalige Ministerpräsident Andris Šķēle und sein Außenminister Valdis Birkavs von Lettlands Weg. Ādamsons, der noch 1995 selbst Innenminister in einer Regierung von Lettlands Weg und dessen Zugpferd im Wahlkampf war, konnte (und wollte?) jedoch keine konkreten Beweise vorlegen und verteidigte sich damit, daß die große Wahrscheinlichkeit ihn als Privatperson verpflichtet fühlen ließe, sein Wissen der Öffentlichkeit mitzuteilen. Das zweite Drama folgte ihm Frühjahr, als der Konflikt zwischen Ministerpräsident Šķēle und dem von den Nationalisten gestellten Wirtschaftsminister Vladimir Makarovs zu dessen Entlassung führte. Dieser Schritt des Ministerpräsidenten, zog eine Regierungskrise und den eigenen Rücktritt nach sich. Nach langen Verhandlungen konnte schließlich der Bürgermeister von Riga, Andris Bērziņš, welcher für sein auf Ausgleich bedachtes Temperament bekannt ist, als Kompromißkandidat gewonnen werden. Bērziņš gehört seinerseits Lettlands Weg an. Doch auch die neue Regierung steht vor schwierigen Aufgaben, weil die Nationalisten mit der liberalen Politik der beiden Koalitionspartner Probleme haben. So sah sich der neue Regierungschef gezwungen, die Pläne zur Privatisierung und Zerschlagung des Energiemonopolisten Latvenergo fallen zu lassen, nachdem die Sozialdemokraten eine Kampagne zur Durchführung eines Referendums gestartet hatten, die erfolgreich die nötige Zahl an Unterschriften sammelte. Der kleinste Koalitionspartner seinerseits bildete im Kampf gegen diese populistische Maßnahme keine Stütze. Nachfolgende Unstimmigkeiten zwischen den Koalitionspartnern bei der Besetzung verschiedener Ämter wie der Leitung der Aufsichtsbehörde für Finanzmärkte und Börse, wurden Spekulationen über eine Zusammenarbeit zwischen Sozialisten und Nationalisten laut. Die Koalition regiert von Konflikt zu Konflikt in Form eines muddling through, weil es zu ihr keine wirkliche Alternative gibt.

Die Sozialdemokratie führt trotz oder wegen dieser beiden 2000 durchgeführten populistischen Initiativen die Beliebtheitsskala an, während die Volkspartei nach einem Ergebnis von 20% bei den Wahlen 1998 in Umfragen auf gute 7% abgerutscht

ist. Der frühere Ministerpräsident Šķēle selbst ist inzwischen unbeliebter als der Kommunist und Putschist von 1991, Alfrēds Rubiks.

Ergebnisse der Volkszählung

Die zentrale Behörde für Statistik legte die ersten Zahlen aus der im Frühjahr durchgeführten Volkszählung vor.

Das Ergebnis ist in Teilbereichen aufgrund der Form der Erhebung problematisch. So haben mehr als acht Prozent der Letten weniger als vier Jahr die Schule besucht. Da aber Kinder ab sieben Jahren befragt wurden, können viele noch gar nicht viel mehr Klassen absolviert haben. So kommt die Behörde schließlich auf eine Zahl von knapp 3% der Bevölkerung über elf Jahren, die tatsächlich nur so kurz zur Schule gingen. Seit der letzten Volkszählung im Jahre 1989 ist die Bevölkerung in Lettland um 291.000 Personen oder 10,9% - davon 10% in den Städten und 5,1% auf dem Lande - geschrumpft. Damit hatte Lettland im März 2000 2.375.000 Einwohner. Diese Ergebnisse belegen, daß die Berechnungen während der letzten Jahre um 44.000 Personen über der tatsächlichen Zahl lagen. Der Anteil der Letten an der Bevölkerung ist durch Wanderungsbewegungen von 52% 1989 auf 57,6% im Jahre 2000 gestiegen. Polen leben in Lettland 2,5% und Litauer 1,4%, was beides einem Anstieg um 0,1% entspricht. Der russische Anteil ging hingegen im selben Zeitraum von 34% auf 29,6% zurück. Interessant dabei ist, daß trotzdem 62% Lettisch als ihre Muttersprache angegeben haben. Russisch kommt auf 36,1%.

Fremdsprachenkenntnisse sind einstweilen noch mäßig verbreitet. 15% der Bevölkerung gaben an, Englisch zu können, 7,9% Deutsch und nur 0,4% Französisch.

Drastisch ist auch die Entwicklung der Alterspyramide. Waren 1989 nur 17,4% 60 Jahre und älter, so sind es 2000 schon 21,1% - Tendenz stark steigend. Positiv entwickelt sich nach Ansicht der statistischen Behörde die Ausbildungssituation, 12,1% der Bevölkerung haben eine Hochschule absolviert.

3. Litauen

Wahlen in Litauen

Der frühere Präsident und Reformkommunist Algirdas Brazauskas hatte sich in die Politik zurückgemeldet, um eine Koalition zwischen den beiden bislang verfeindeten sozialdemokratischen Parteien zu vermitteln. Zwar traten im litauischen Grabenwahlsystem die „historischen“ Sozialdemokraten und die postkommunistische Demokratische Partei der Arbeit, welche das Land von 1992 bis 1996 mit absoluter Mehrheit regiert hatte, in den Einzelwahlkreisen getrennt an, auf nationaler Ebene figurierten sie jedoch auf einer gemeinsamen Liste. In roter Farbe sind die beiden neuen Regierungsparteien gehalten, in blau die Kräfte der abtretenden Koalition. Die bisherigen Regierungsparteien erlitten nahezu eine vernichtende Niederlage. Doch mit Rolandas Paksas, dem Bürgermeister von Vilnius, ist ein ehemaliger Regierungschef dieser Koalition zurückgekehrt, der nach seinem Amtsantritt im Jahre 1999 wenige Monate später wegen seiner Ablehnung des Verkaufs des litauischen Raffinerie Mažeikių Nafta an die US-amerikanische Firma Williams zurückgetreten war.

Litauische Sozialwissenschaftler gehen davon aus, daß die Parlamentswahl von 2000 eine Anti-Establishment-Wahl war. Die bisherige Regierung wurde abgewählt, und gewonnen hat nicht zuletzt eine alte Integrationsfigur und ein Volksheld der jüngeren Zeit: Mit Brazauskas ist nun ein Politiker aus der Vergangenheit in die Tagespolitik zurückgekehrt, wenn er auch sofort angekündigt hat, in Rente gehen zu

wollen. Mit Artūras Paulauskas meldet sich der knapp geschlagene Präsidentschaftskandidat der letzten Wahl in die Politik zurück. Und mit Paksas hat ein ehemaliger Ministerpräsident mit einer anderen Partei einen neuen Anlauf auf dasselbe Amt erfolgreich gestartet.

Daß die Gewinner der Wahl Paulauskas und Paksas heißen würden, war früh klar. Nach dem Rücktritt von Paksas und seinem Eintritt in die liberale Partei änderten sich die Popularitätswerte der Parteien im Herbst 1999 drastisch, die Liberale Union und die Neue Union (Sozialliberale) erhielten große Zustimmung ebenso wie die Sozialdemokraten, während die Regierungsparteien dramatisch an Rückhalt verloren. Bereits die im Frühjahr durchgeführten Kommunalwahlen brachten diesen neuen Parteien einen eindeutigen Sieg. Die Partei von Paulauskas war sogar lange Spitzenreiter in Meinungsumfragen, was sich erst durch die kurzfristige Rückkehr des Pensionärs Brazauskas änderte.

Nach der Wahl schien bei oberflächlicher Betrachtung eine Koalition zwischen der Sozialdemokratischen Union von Brazauskas und der Neuen Union (Sozialliberale) von Paulauskas aufgrund der ideologischen Ähnlichkeit ebenso nahezuliegen wie auch wegen des persönlichen Kontakts zwischen den Galionsfiguren beider Formationen. Als Brazauskas bei den letzten Präsidentschaftswahlen aus Altersgründen und weil er das Amt nicht mit seiner kommunistischen Vergangenheit belasten wollte nicht mehr kandidierte, unterstützte er Paulauskas, der dann aber seinem aus Amerika zurückgekehrten Gegner und gegenwärtigen Amtsinhaber knapp unterlag. Brazauskas erklärte jedoch kurz nach der Wahl, daß nun seine Mentorenschaft für den jungen Politiker ende.

Der Politologe Algis Krupavičius entdeckte in Fragen von Freiheit, sozialer Sicherheit und Ordnung programmatische Übereinstimmungen bei der Neue Union (Sozialliberale) und den Liberalen. Die Nähe der Partei von Paksas zur Heimatunion war zwar größer, doch gab es für eine solche Koalition keine Mehrheit im Parlament und die Neue Union (Sozialliberale) war tatsächlich weniger sozialdemokratisch als der Name vermuten ließ.

Freilich hatten auch die Wähler mit ihrem Votum eher gegen eine wichtige Rolle für die früheren Regierungsparteien votiert.

Litauischen Politologen erklärten die Führungsrolle der Liberalen Union bei der Regierungsbildung damit, daß diese schon seit Jahren existierende Splitterpartei über eine elaboriertere programmatische Plattform wie auch einen Kreis von Führungskadern um Rolandas Paksas verfügte, während die Neue Union (Sozialliberale) neben Paulauskas wenig politisches Personal nominieren konnten.

So zeichnete sich in den Verhandlungen schnell eine Einigung auf einen Regierungschef Paksas und einen Parlamentspräsidenten Paulauskas ab.

Die Erklärung des Wahlergebnisses als Anti-Elite Wahl ist partiell plausibel. Es kann zunächst kein Zweifel daran bestehen, daß die unpopulären Entscheidungen der regierenden konservativen Koalition zur ihrer Niederlage ganz wesentlich beigetragen haben. An erster Stelle steht der Streit um die Raffinerie, der auch der Grund für Paksas letztjährigen Rücktritt war. Nichtsdestotrotz wurde keineswegs eine Anti-Elite gewählt. Die drei Wahlsieger Brazauskas, Paksas und Paulauskas sind keine politischen Neulinge, sondern alte politische Profis, die bestenfalls in dem Ruf standen, für die jüngste Entwicklung nicht verantwortlich zu sein. Brazauskas war Rentner, Paulauskas Verlierer der Präsidentschaftswahl und Paksas eine Art Märtyrer. Bemerkenswert ist das Wahlergebnis, weil es die bisherige Struktur des litauischen Parteiensystems grundlegend verändert. Bisher war die Situation geprägt von einem Dualismus der konservativen Heimatunion und der postsozialistischen Sozialdemokratie, ausgeprägtem und sanftem Nationalismus. Das ist nun vorbei, mit

Paulauskas und Paksas stehen nicht nur zwei andere Figuren auf der nationalen Bühne in erster Reihe, sondern sie haben auch ihre eigenen Parteien. Damit sind beide Beispiele vergleichbar mit dem Pendant der Volkspartei in Lettland vor zwei Jahren. Die beiden Staaten unterscheiden sich damit deutlich vom nördlichen Nachbarn Estland, der seit 1995 ein stabiles Parteiensystem hat, in dem sich klare Lager gegenüberstehen.

Zwar sind sich die beiden Sieger der Wahl einig, eine gemeinsame Regierung zu bilden, doch angesichts unterschiedlicher Ansichten in Fragen der Privatisierung und der Landwirtschaft dürften inhaltliche Differenzen zu Problemen in der Koalition führen, denn die Liberalen sind bereit, viel zu veräußern, wenn Interessenten hohe Gebote einbringen, während die Neue Union (Sozialliberale) strategisch wichtige Unternehmen in Staatshand belassen will. Sowohl Paksas als auch Paulauskas wollen den neuen Eigentümer von 33% der Anteile an Mažeikių Nafta, Williams, zum Einhalten der vertraglichen Verpflichtungen, die Renovierung der Raffinerie und die Absicherung der Produktion.

Einzig an den wichtigsten außenpolitischen Zielen, dem Beitritt zu NATO und EU, wird sich nichts ändern.

Litauen steht auf jeden Fall vor einer interessanten neuen Konstellation. Es wird die erste Koalitionsregierung geben, in der sich zwei Partner miteinander einigen müssen, deren politische Ideen nicht besonders nahe beieinander liegen.

Partei	Direkt	%	Mandate	ges.
Sozialdemokratische Union von Algirdas Brazauskas		31,08 %	28	49
Demokratische Partei der Arbeit	14			
Sozialdemokraten	7			
Liberale Union	18	17,25 %	16	34
Neue Union (Sozialliberale)	11	19.64 %	18	29
Heimatunion (Konservative)	1	8,62 %	8	9
Bauernpartei	4			4
Zentrumsunion	2			2
Christdemokratische Partei	2			2
Neue Demokratische Partei	2			2
Polnische Wahlaktion	2			2
Christdemokratische Union	1			1
“Neues Litauen” Union der neuen Nationalisten und Politischen Gefangenen	1			1
Freiheitsunion	1			1
Moderne Christdemokratische Union	1			1
Unabhängige	3			3

Unter den kleineren Parteien sind folgende noch erwähnenswert: Das neue Litauen ist die Partei von Smetona, einem Verwandten des Diktators Antanas Smetona aus der Zwischenkriegszeit, der eine politisch fragwürdige Figur ist, dennoch aber hinreichend populär, um ins Parlament gewählt zu werden. Die frühere Ministerpräsidentin von Sąjūdis, Kazimiera Prunskienė, Gründerin der Frauenpartei, ist als Kandidatin der Neuen Demokratischen Partei gewählt worden.

Exkurs zum litauischen Wahlsystem: Es handelt sich um ein Grabenwahlsystem mit 71 Direktmandaten und 70 Listenmandaten, zwischen denen es nicht wie in Deutschland zur Verrechnung kommt. Dieses System ist Ursache für die Vielzahl von einzelnen Abgeordneten, die zwar ihre Partei repräsentieren, welche allerdings landesweit ohne charismatische Parteiführung kaum eine Rolle spielt. Gleichzeitig ist die relative Mehrheitswahl in Einmannwahlkreisen in einem Land mit wenig ausgebildetem Parteiensystem keinesfalls ein Vorteil für die großen Parteien. Eher können jene Parteien, die nur mit einem Direktkandidaten vertreten sind, als lokale Honoratiorenwahl verstanden werden. Zur Wahl 2000 hatten die Litauer nur den die Situation noch komplizierenderen zweiten Wahlgang abgeschafft.

Zwei kurze Biographien:

Artūras Paulausks, geb. 1953. Seit 1990 Generalstaatsanwalt und 1994 mit dem spektakulären Mord am stellvertretenden Chefredakteur der Zeitung Respublika beschäftigt. Brazauskas berief als Präsident den Amtsinhaber nicht für eine weitere Amtszeit, weil seiner Ansicht nach mehrere, vor allem ökonomische Entscheidungen und Untersuchungsergebnisse nicht im Sinne der Sozialdemokraten ausgefallen waren. 1998 verlor Paulauskas gegen Adamkus die Präsidentschaftswahl mit einem halben Prozentpunkt, obwohl er inzwischen von Brazauskas unterstützt wurde. Im April 1998 gründete er die Neue Union (Sozialliberale).

Rolandas Paksas, geb. 1956. Von 1992 bis 1997 Chef einer Baufirma. Ab 1997 Bürgermeister von Vilnius für die Heimatunion, die ihn im Juni 1999 zum Premierminister machte. Paksas weigerte sich, den Verkauf von Mažeikių Nafta zu unterstützen und startete eine Fernsehkampagne. Als er als Regierungschef zurücktrat, trat er auch aus der Heimatunion aus. Mit seinem Eintritt in die Liberale Union und seiner Wahl zum Vorsitzenden stieg die Popularität dieser bis dahin nur als Splitterpartei bekannten Gruppe 1999 sprunghaft. Von Herbst 1999 bis März 2000 war Paksas Berater des Präsidenten in Energiefragen. Im April wurde er erneut zum Bürgermeister von Vilnius gewählt.

4. Heißes Eisen Privatisierung im Energiebereich

Nachdem in Estland und Lettland die Privatisierung fast abgeschlossen ist, stand in diesem Jahr im Mittelpunkt der Diskussion erneut oder immer noch der Energiesektor. Während in Lettland der Energieproduzent und -lieferant Latvenergo reorganisiert werden soll, stehen in Estland 49% der Anteile an den beiden Kohlekraftwerken von Eesti Energia in Narva an der russischen Grenze zum Verkauf. Beide Projekte sind nicht nur sehr umstritten, sondern auch miteinander verknüpft, weil während der Verhandlungen um Verkauf und Privatisierung plötzlich Fusionspläne der beiden Energiemonopolisten bekannt wurden. Nachdem die Emotionen in der öffentlichen Diskussion über diese Pläne sofort zu heftigen Auseinandersetzungen führten, mußte die Fusion suspendiert werden. Ursache für diesen Mißerfolg, so Eesti Energia und Latvenergo, ist die doch sehr unterschiedliche Ausgangslage in den beiden Ländern.

In Estland ist es politisch weitgehend unumstritten, daß die Kraftwerke einen ausländischen Investor brauchen, und es wird mit 49% auch nicht das estnische Mitspracherecht im Energiesektor veräußert. Nichtsdestotrotz ist die Energieproduktion in Estland, welche sich auf die Verfeuerung des nahe den Kraftwerken abgebauten Ölschiefers stützt, aus umwelttechnischen Gründen dringendst auf einen Partner Kapital und außerdem mit Know-How angewiesen. Nachdem der amerikanische Interessent NRG Energy, der mit dem Auslandsesten Hillar Lauri seit gut fünf Jahren sogar ein eigenes Büro in Tallinn unterhält, nun schon

so lange in den stockenden Verhandlungen am Ball geblieben ist, fühlte sich die Regierung von Mart Laar nach des Ministerpräsidenten eigenen Worten geradezu verpflichtet, das Angebot zu berücksichtigen.

Die Opposition lehnt den ausgehandelten Vertrag ab, nach dem den Amerikanern in Narva 15 Jahre lang einen festen Stromabnahmepreis garantiert würde, der von Eesti Energia für die Narvaer Kilowattstunden zu entrichtet werden müßte, selbst wenn das Land als künftiges EU-Mitglied gegebenenfalls aus den benachbarten Mitgliedsländern billiger importieren können sollte. Zwar lassen andere Kritiker diese Argumentation nicht gelten, doch immerhin ist die Gegnerschaft so stark, daß sich auch der Unternehmerverband gegen den Verkauf stellte.

Da die oppositionelle Zentrumspartei des Volksfrontpremiers Edgar Savisaar als größte Fraktion im Parlament gewöhnlich eher zu Linkspopulismus neigt, ein ungewohntes Bild. Sogar die Gewerkschaften und die Mitarbeiter der Narvaer Kraftwerke haben sich hinter NRG Energy gestellt. Sie sehen in einem finanzstarken Investor die einzige Chance, ihre Arbeitsplätze langfristig abzusichern, und das, obwohl noch nicht einmal konkret ausgehandelt wurde, welcher der beide Blöcke in Narva zuerst und ob überhaupt beide renoviert werden.

Wie sehr in dieser Diskussion die Nerven blank liegen bewies ein Kommentar des Regierungschefs darüber, ob die Details des Vertrages zu veröffentlichen seien. Mart Laar sagte, er befürworte eine Veröffentlichung, könne darüber aber nicht entscheiden, handele es sich doch um einen Vertrag zwischen Eesti Energia und NRG.

Die Regierung hat einstweilen grünes Licht gegeben, und der Aufsichtsrat von Eesti Energia hat dem Plan ebenfalls zugestimmt. Jetzt haben die Esten noch die Möglichkeit, die Amerikanern bei der Vorlage des konkreten Finanzierungsplans abzuweisen.

In Lettland ist die Situation sehr viel schwieriger, weil nicht nur die Privatisierung des Energiemonopolisten, sondern auch die Restrukturierung umstritten ist. Und das hat wiederum eine lange Vorgeschichte.

Ein Grund für die Ängste in der lettischen Bevölkerung, zu deren Anwalt sich die Opposition unter Führung der Sozialdemokraten macht, sind die Erfahrungen bei der Privatisierung der Telekom. Die hatte Lettland nicht nur in ein Nummernchaos geführt, sondern vor allem in Verbindung mit einer garantierten Monopolstellung bis 2013 zu drastisch höheren Tarifen geführt.

Gleichzeitig ist Latvenergo in Lettland aber auch seit rund fünf Jahren das Synonym für Interessenverflechtungen zwischen Politik und Wirtschaft sowie Korruption. Hintergrund ist die Pleite der Banka Baltija im Jahre 1995, die dazu führte, daß der Energiemonopolist über eine nicht restlos geklärte Bürgschaft für eine andere Firma plötzlich beim Konkursverwalter als Schuldner mit 10 Millionen Lat (umgerechnet gut 30 Millionen Mark) galt. Nach langen Verhandlungen wurde schließlich beschlossen, daß Latvenergo zu einem späteren Zeitpunkt acht Millionen Lat an einen Vermittler aus Liechtenstein zahlt, welcher seinerseits sofort fünf Millionen für die Gläubiger und damit vor allem Kleinsparer der Banka Baltija überweist.

Zum Skandal entwickelte sich dieses Geschäft, als sich herausstellte, daß Latvenergo die acht Millionen Lat bereits nach Liechtenstein überwiesen hatte, als von dort die vereinbarten fünf Millionen Lat angewiesen wurden. Die Staatsanwaltschaft nahm Ermittlungen auf, und die Arbeit eines eigens eingesetzten Untersuchungsausschusses beschäftigte die Bevölkerung über Monate. Dabei wurden jedoch mehr neue Fragen aufgeworfen als Antworten gefunden.

Es muß daher Spekulation bleiben, wer für diesen Verlust von drei Millionen Lat verantwortlich war. Allein die Vielzahl der Beteiligten, deren schlechtes Gedächtnis

und widersprüchliche Aussagen lassen eine konkrete Verschwörung jedoch unwahrscheinlich erscheinen.

Der Chef der Privatisierungsagentur in Lettland, Jānis Naglis, war immer schon ein hartnäckiger Verfechter der Restrukturierung von Latvenergo. Als im Frühjahr 1999 der früher als parteiloser Kompromißkandidat populär gewordene Premier Andris Šķēle nach einem Regierungssturz mit seiner zwischenzeitlich gegründeten eigenen Partei an die Macht kam, erhielt Naglis zwar Rückendeckung. Doch gleichzeitig steht besonders Šķēle mit seinem Lebensmittelimperium AVE LAT in dem Ruf, bei den noch verbleibenden Privatisierungen die Filetstücke der lettischen Wirtschaft unter seine Kontrolle bringen zu wollen. Und damit machte er sich nicht nur die oppositionellen Sozialdemokraten zum Gegner, sondern auch seinen nationalkonservativen Koalitionspartner, der schließlich weniger als ein Jahr nach Amtsantritt erneut eine Regierung stürzte.

Den Sozialdemokraten genügte dies nicht. Sie organisierten, wie erwähnt, eine in der lettischen Verfassung vorgesehene Unterschriftensammlung zur Initiierung eines Referendums gegen Privatisierung und Restrukturierung von Latvenergo, die anfangs wenig erfolgreich schien, in den letzten Tagen der Frist aber so viel Zulauf erhielt, daß die neue Regierung, dem Referendum den Boden entziehend, in vorausseilendem Gehorsam ein Energiegesetz verabschiedete, welches Privatisierung und Restrukturierung erst einmal verunmöglichte.

Diese Entscheidung stoppte auch automatisch die Fusionsverhandlungen mit Eesti Energia.

Für Lettland ist die Entscheidung ein erneuter Schritt in die Stagnation. Konkret bedeutet die Aussetzung der Umstrukturierung, daß die lettische Bevölkerung aus Mißtrauen gegenüber ihren Politikern beschlossen hat, Latvenergo erst noch als Monopol in der Aufsicht just derselben Politiker zu belassen. Ein typisches Beispiel für den oft widersprüchlichen Zickzackkurs der Wirtschaftspolitik in einer von Unzufriedenheit in der Transformationsphase gekennzeichneten Gesellschaft. Für beide Staaten gilt, daß die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Regulierung durch die Politik insofern eingeschränkt sind als Esten und Letten in die EU streben und darüber mit Brüssel verhandeln. Die Presse ist voll von Kommentaren aus Politik und Wirtschaft, die völlig gegensätzlich behaupten, daß die jüngst getroffenen Entscheidungen im Energiesektor beider Länder EU-konform sind oder aber als Vorbereitung für einen allfälligen Beitritt früher oder später sowieso aufgehoben werden müssen. Es durfte allerdings feststehen, daß die Letten ihre Gesetzgebung im Rahmen einer Liberalisierung werden überdenken müssen, während es bei der estnischen Problematik eher um Fragen der Wirtschaftlichkeit geht. Schon mittelfristig ist daher neue Bewegung zu erwarten.

5. EU-Fortschrittsbericht

Lettland

Gleichzeitig wurde der neue Bericht über den Fortschritt Lettlands bei der Harmonisierung veröffentlicht. Dieser sei grundsätzlich positiv zu werten, schreibt die lettische Presse, doch wird Lettland erneut für die Verspätungen bei der Privatisierung gerügt. Latvenergo, Lattelekom, Lettlands Reederei und Ventspils Nafta sind große, nach wie vor nicht privatisierte Staatsbetriebe. Des weiteren fehlt es nach Ansicht der EU-Experten in Lettland am nötigen politischen Konsens über die Reformen, es besteht ein Vakuum in der Regierung und an einem einheitlichen Beamtengesetz, wogegen es nach Angaben des Ministers für Reformen Widerstände aus der Beamtenschaft selbst gibt. Wie auch der Minister zugibt, steht dem Saat für

Programme kaum Geld zur Verfügung und so kritisiert die EU, daß auch der Haushalt für das kommende Jahr keinen Mittel dafür vorsieht.

Ebenfalls sehr kritisch zu sehen ist, daß die noch unter der vorherigen Regierung Šķēle vorangetriebene Reform in der Regionalpolitik völlig zum stehen gekommen ist, weil auch hier offensichtlich eine konsequente Politik nicht mehrheitsfähig ist. Überdies hat Lettland noch immer nicht die Konvention des Europarates über Minderheitenrechte ratifiziert, worauf der EU-Bericht wie regelmäßig hinweist. Der Politologe Artis Pabriks kommentierte, daß die Annahme der Konvention mit Schwierigkeiten verbunden ist, weil einige Gesetze vor allem in den Bereichen Rundfunk und Regionen den Standards nicht entsprechen, weil die Konvention in Gebieten, wo die nationale ethnische Minderheit eine Mehrheit der Bevölkerung stellt, eine Zweisprachigkeit vorsieht. Das aber bedeutet, daß man in Riga und anderen großen Städten Russisch einführen, ja vielleicht sogar die Straßen russisch beschildern müßte. Zudem sieht Pabriks einen politischen Unwillen, sich mit diesem Thema zu beschäftigen. Es gebe eigentlich weder Integrationspolitik noch Sprachunterrichtsprogramme oder andere vergleichbare Maßnahmen. Statt dessen beschäftigten sich die Parteien lieber mit dem Streit untereinander.

Verbessert habe sich Lettland vor allem bei der Freiheit von Kapital- und Warenverkehr und bei der Unternehmensgesetzgebung auch in Sachen Konkurrenz. Negativ hingegen wird die hohe Arbeitslosigkeit von über 14% angemerkt.

Auch der Internationale Währungsfond hat sich inzwischen zum Haushaltsdefizit enttäuscht geäußert. Lettland solle zu einer Fiskalpolitik zurückkehren, wie sie vor der Rußlandkrise praktiziert wurde, um sich in Zukunft besser vor den Auswirkungen neuerlicher Krisen zu schützen. Auch müsse im Hinblick auf den Beitritt zur EU künftig mit höheren Ausgaben in bestimmten Bereichen gerechnet werden, auf die das Land sich zeitig durch Umstrukturierung im Haushalt vorbereiten solle.

Die makroökonomischen Daten gelten hingegen als gut wie der Kapitalfluß aus dem Ausland, die niedrige Inflation und die Stabilität im Finanzsektor. In anderen Bereichen wie Renten und Steuerreform sind große Fortschritte erreicht worden, die großen Problembereiche wie die Sozialpolitik, welche wesentlichen Anteil am ungewollt hohen Defizit hat, sind auf der politischen Agenda.

68% der lettischen Industrieproduktion gehen in die EU, wobei an der Spitze Holz und Textilien liegen. Dabei müssen für mittlere und kleinere Unternehmen, die 70% der Beschäftigten haben und zwei Drittel der Wirtschaftsleistung erbringen, stärker unterstützt werden. Nichtsdestotrotz ist das Transitgeschäft mit Rußland noch immer die wichtigste Dienstleistung.

Obwohl die EU nun die ökonomische Entwicklung in Lettland sehr positiv wertet, bleibt Lettland hinter Estland zurück, das seit neuestem gemeinsam mit Polen und Ungarn auch Slowenien und Tschechien hinter sich läßt.